

## **PRESSEMITTEILUNG**

### **Veranstaltung und Pressekonferenz: Griechische Gewerkschafter berichten von Auswirkungen der EU-Sparpolitik**

29.10.2015

**Pressegespräch vor der Podiumsdiskussion am 04.11.15,  
17:00 im Besprechungsraum des DGB Bezirk Hessen Thüringen,  
Wilhelm-Leuschner-Str 69-77, DGB Haus, Haus 2, 6. Stock**

Bei den Neuwahlen in Griechenland hat die Bevölkerung erneut Alexis Tsipras das Vertrauen ausgesprochen. In den bundesdeutschen Medien ist das Thema Griechenland in den Hintergrund gerutscht, während in Griechenland weiterhin die humanitäre Krise schwere Probleme bereitet. Die politischen Widersprüche im Land nehmen zu: in den letzten Wochen wurde auf breiter Front gegen die Syriza-Regierung demonstriert. Eine Reihe von Gewerkschaften riefen zu Streiks auf und demonstrierten gegen die beabsichtigte Umsetzung des dritten Memorandums. Auf der anderen Seite steht die Regierung unter enormen Druck der Geldgeberländer mit ihren Institutionen um die vereinbarten Kürzungen im sozialen Bereich und die für die breite Bevölkerungsschicht spürbaren Steuererhöhungen umzusetzen.

Wie sieht es konkret vor Ort aus?

Der DGB hat griechische Gewerkschafter eingeladen, die hautnah berichten können wie sich die sozialen Auseinandersetzungen darstellen und auswirken. Und ob es eine Perspektive mit der Syriza-Regierung gibt, weiterhin die neoliberalen Zwänge der aufgezwungenen Memorandumspolitik zu durchbrechen.

Die Veranstaltung findet statt am:

**Mittwoch 4. November 2015, 19:00 Uhr  
im DGB Haus Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner-Saal**

Es berichten und diskutieren:

Nikolaos Kalogiros (Vorstand Lehrgewerkschaft DOE)

Dikaios Psykikos (solitarität for all, ehem. Gewerkschaft Buch u. Papier)

Dr. Steffen Lehndorff (Institut Arbeit und Qualifikation, Uni Duisburg-Essen)

Die Vorgaben der Troika beinhalteten gegenüber Griechenland eine Reihe von Einschränkungen originärer Gewerkschaftsrechte. Branchentarifverträge wurden zwangsweise aufgelöst. Haustarifverträgen wurde der Vorrang gegeben. Nun liegen Studien vor, die einen Rechtsverstoß gegen EU-Grundrechte belegen. „Es zeigt sich wie wichtig es für uns Demokraten ist, die Entwicklung in Griechenland zu beobachten und Solidarität zu organisieren, da einmal gemachte Entwicklungen von den neoliberalen Institutionen auch auf andere Länder ausgedehnt werden. Der Kampf um ein solidarisches, demokratisches und soziales Europa muss vor allem auch in den sogenannten Geberländern geführt werden“, so der Frankfurter DGB-Vorsitzende Harald Fiedler.

**DGB Büro Frankfurt**

PM 107

**Harald Fiedler**  
Stadtverbandsvorsitzender

harald.fiedler@dgb.de

Telefon: 069-273005-71  
Telefax: 069-273005-79  
Mobil: 0171-9729964

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77  
60329 Frankfurt am Main

www.frankfurt-rhein-main.dgb.de